

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.5 - 60. Jahrgang

13. März 2010

## Ideenkonferenz der SPD

Die Berliner SPD lädt am 27. März zur ersten von vier Ideenkonferenzen. Ab 9.30 Uhr geht es in der „STATION Berlin“ in der Luckenwalder Str. 4-6 um das Thema „Solidarische Stadtgesellschaft: Integration und Teilhabe“. Für den Eingangsimpuls sorgt der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller, als Gesprächspartner stehen namhafte Expertinnen und Experten zur Verfügung. Mit den Ideenkonferenzen will die SPD einen Raum für Anregungen und einen spannenden Gedankenaustausch schaffen. Anmeldungen unter [www.hauptstadt-im-gespraech.de](http://www.hauptstadt-im-gespraech.de)

## Wechsel in der Fraktion

Der bisherige FDP-Sozialpolitiker Rainer-Michael Lehmann wechselt zur SPD. Lehmann begründete seinen FDP-Austritt mit der dort „zunehmenden sozialen Kälte“. „Die programmatische Ausrichtung der Partei kann nur noch als Angriff auf den Sozialstaat verstanden und von mir nicht länger mitgetragen werden“, schrieb der Pankower Sozialpolitiker.

## Pakt für mehr Industrie

Einen gemeinsamen Zukunftspakt für die Berliner Industrie haben der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, die Berliner Kammern und Unternehmensverbände sowie die Spitzen der Gewerkschaften jetzt geschlossen. „Ich freue mich, dass Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam mit dem Senat nun an einer Stärkung des Industriestandortes arbeiten werden“, so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. „Eine solche konzertierte Aktion ist nötig, um die Zahl der Industriearbeitsplätze in Berlin deutlich zu steigern. Nur so können Wohlstand und Wachstum in Berlin langfristig gesichert werden.“ Aufbauen kann der Industriestandort Berlin vor allem auf einer hervorragenden Wissenschaftslandschaft. **BS** □

Integration:

## Mehr Engagement für Kinder

Wowereit: Bundesregierung stellt die Weichen falsch

**Für bundesweite Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung und die zügige Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz hat sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Klaus Wowereit ausgesprochen.**

Wowereit verwies auf eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes, nach der 14 Prozent weniger Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas gehen als Kinder ohne Migrationshintergrund. Bei Kindern unter drei Jahren sind es sogar nur halb so viele. Die Folgen bezeichnet Wowereit als dramatisch: „Alle wissen doch, dass gerade Kinder mit Migrationshintergrund auf eine frühe und gute Kinderbetreuung angewiesen sind. Wir müssen so früh wie möglich ansetzen - mit frühkindlicher Bildung und Ganztagschulen. Nur so können wir herkunftsbedingte Benachteiligung ausgleichen und Chancengerechtigkeit herstellen.“

Mit der geplanten Einführung des Betreuungsgeldes gehe die Bundesregierung aber in die komplett falsche Richtung. Sie fördert, dass Kinder zu Hause bleiben. Das geht vor allem zu Lasten der Kinder mit Mi-



Setzt sich für bessere Integration ein: Klaus Wowereit im Gespräch. Foto: Hüseyin Islek

grationshintergrund. Wowereit: „Union und FDP müssen den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab Eins umsetzen. Statt unsinnige Steuergeschenke abzunicken, sollten sie sich für ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Kinderbetreuung einsetzen. Auch ein Konzept für die 40.000 fehlenden Erzieherinnen und Erzieher muss schnell auf den Tisch. Es gibt viel zu tun für Kinder. Die Bundesregierung muss endlich die richtigen Weichen stellen, damit kein Kind verloren geht.“ **PM** □

## Profiteure der Krise sollen zahlen

SPD-Länder fordern Finanztransaktionssteuer

**Die SPD-regierten Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz haben eine Bundratsinitiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer gestartet.**

Für Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum ist klar: Diejenigen, die von den Krisenmaßnahmen profitiert haben, müssen jetzt an den Kosten beteiligt werden. Nußbaum forderte in der vergangenen Woche im Bundesrat, falsche Anreize abzuschaffen und die öffentlichen Haushalte zu stärken.

Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer wollen die SPD-Länder die von der Realwirtschaft weitgehend losgelösten

Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten spürbar eindämmen. Ziel ist

### IN DIESER AUSGABE:

|                             |       |
|-----------------------------|-------|
| DIE ZEIT NACH TXL           | S. 4  |
| FAIRNESS FÜR PRAKTIKANTEN   | S. 6  |
| ERGEBNISSE DER PARTEIWAHLEN | S. 10 |
| KOPFPAUSCHALE MOBILISIERT   | S. 11 |

eine internationale bzw. EU-weite Regelung, da nationale Alleingänge mit Nachteilen verbunden wären. Zusätzlich sind Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen vorgesehen sowie eine höhere Besteuerung von Banker-Bonuszahlungen. **BS** □

Verfassungsgerichtsurteil:

# Klares Bekenntnis zu Bürgerrechten

Sven Kohlmeier: Sicherheitspolitik darf nicht zur Geißel der Grundrechte werden

**El-Kaida, Selbstmordattentate, Anschlagsdrohungen, entführte Flugzeuge vs. informationelle Selbstbestimmung, personenbezogene Daten, Post- und Fernmeldegeheimnis. Der Konflikt zwischen Sicherheit und Freiheit scheint allenthalben aufzukommen - und erzeugt bei vielen von uns ein un-gutes Gefühl.**

Immer wieder überschattet die politische Diskussion um tatsächliche oder vermeintliche Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger der Einhaltung von Bürgerrechten. Immer wieder sind wir geneigt, zugunsten der Sicherheit auf unsere Grundrechte zu verzichten: Entweder weil wir uns nicht wehren können oder wollen, oder weil der politische Gesetzgeber „das mit der Sicherheit“ schon richtig machen wird.

Macht er aber nicht, wie das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts - nicht zum ersten Mal - dem Gesetzgeber ganz deutlich ins Stammbuch schreibt. Und man möchte sich als netz- und grundrechtsaffiner Mensch fast vor dem Bundesverfassungsgericht verneigen: Oft sind die Richter dort die letzte Instanz, die unsere Grundrechte gegen den politischen Mainstream verteidigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil Regelungen des Telekommunikationsgesetzes (113a, 113b TKG) und der Strafprozessordnung (119 StPO, soweit dieser die Erhebung von nach § 113a TKG gespeicherten Daten zulässt), für verfassungswidrig erklärt, da diese mit Art. 10 Abs. 1 Grundgesetz (Post- und Fernmeldegeheimnis) nicht vereinbar sind. Das höchste Gericht spricht besonders harsch von „schlechthin verfassungswidrig“ - obwohl es eigentlich keine Steigerung von verfassungswidrig gibt.

Die Vorschriften gewährleisteten keine hinreichende Datensicherheit. Sie genügen nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Transparenz und Rechtsschutz. Denn mit der Vorratsdatenspeicherung wurden von jedem Bürger die Daten der Nutzung von Telefon, Handy oder Email der letzten sechs Monate gespeichert. Bei Handytelefonaten und SMS wurde auch der jeweilige Standort des Benutzers gespeichert. Jeder Anruf, ob bei der Oma oder in der SPD-Landesgeschäftsstelle, wurde mal vorsorglich gespeichert, auch wenn keine abstrakte Gefahr bestand.

Der Staat, in dem ich aufgewachsen bin, die DDR, wird und wurde - zu Recht - für seine Datensammelwut kritisiert. Der



Sven Kohlmeier ist Abgeordneter für Marzahn-Hellersdorf. Foto: SPD

Staat, in dem ich seit dem 14. Lebensjahr sozialisiert wurde, findet eine vermeintlich gute Begründung, um erhebliche Datenmengen über seine Bürgerinnen und Bürger zu speichern. Ich verkenne nicht den ideologischen Unterschied beider Staaten und die Zwecke der Datenspeicherung, frage mich jedoch, warum der Gesetzgeber so leichtfertig die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger missachtet.

## DAS URTEIL IST EINE MAHNUNG AN DIE POLITIK

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist auch eine Mahnung an uns als Partei und verantwortliche Politiker, unsere Netz- und Datenschutzpolitik insgesamt zu überdenken und die Bürgerrechte auf freien Datenverkehr und Schutz persönlicher Daten künftig besser zu wahren.

Zwar muss die Politik sich teilweise erst an die Parallelität und das Zusammenspiel von realer und virtueller Welt gewöhnen und die gesetzlichen Regelungen schaffen oder überarbeiten. Dies darf jedoch nicht zu Lasten der Grundrechte des Bürgers erfolgen, denn das Grundgesetz gilt für die reale, wie auch die virtuelle Welt, auch wenn die Väter und vier Mütter des Grundgesetzes seinerzeit die virtuelle Welt nicht gesehen haben konnten.

Es war deshalb folgerichtig, dass Andreas Kugler als datenschutzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion zusammen mit mir das Urteil des Bundesverfassungsge-

richts begrüßt hat. Denn der Gesetzgeber wurde zu Recht angemahnt, einen verantwortlichen Umgang mit den Daten über seine Bürger zu pflegen. Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass personenbezogene Daten nur begrenzt, sicher und für einen eindeutigen Zweck gesammelt werden. Schließlich ist eine Sicherheitspolitik, die das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat schürt und damit Vertrauen untergräbt langfristig zum Scheitern verurteilt.

Während die Bundesregierung mit dem Urteil noch hadert und innerhalb der schwarz-gelben Koalition sofort die üblichen Sandkastenspiele ausbrechen, sollte die SPD ein klares Bekenntnis zum Persönlichkeits- und Datenschutz des Bürgers abgeben. Wir müssen nicht alles über unsere Bürger speichern, aufheben, auswerten und vielleicht irgendwann mal auch für andere Zwecke gebrauchen.

## BALANCE ZWISCHEN SICHERHEIT UND BÜRGERRECHTEN

27 Jahre nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts muss sich die SPD von den allzu leichtfertigen Reflexen der Sicherheitspolitiker lösen und einen ausbalancierten Ausgleich zwischen Sicherheitsanforderung und den unbedingt geltenden Schutz- und Bürgerrechten aus dem Grundgesetz finden. Und vielleicht sollte sich die SPD öfter daran erinnern, dass dem parlamentarischen Rat 27 stimmberechtigte Abgeordnete der SPD und drei nicht stimmberechtigte Westberliner SPD-Abgeordnete (Paul Löbe, Ernst Reuter, Otto Suhr) angehörten und die SPD damit die meisten Abgeordneten bei der Erarbeitung des Grundgesetzes stellte.

Sven Kohlmeier □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin  
**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin  
**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)  
**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin



Verteilen zum Frauentag Rosen in der Wilmersdorfer Straße: die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel, die SPD-Abgeordnete Bilkay Öney und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit.

Foto: Hüseyin Islek



Die ASF-Friedrichshain-Kreuzberg informierte zum Internationalen Frauentag am Halleschen Tor. Mit dabei: Stadtrat Peter Beckers und Martina Hartleib.

Foto: ASF Friedrichshain-Kreuzberg



Morgendliche Rosenverteilaktion am S-Bahnhof Spandau: Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz verteilte zusammen mit der ASF Spandau Rosen und Flyer.

Foto: Jürgen Jänen

Internationaler Frauentag:

## Gleichstellung? Ja, jetzt!

Michael Müller und Ulrike Neumann: Benachteiligung von Frauen beenden

In dieser Woche wurde zum 99. Mal der Internationale Frauentag begangen. Seit 1911 ist der 8. März dem gemeinsamen Kampf um gleiche Rechte für die Frauen in der ganzen Welt gewidmet. Bis heute stehen Frauen wie Männer an diesem Tag dafür ein, dass die tatsächliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern verwirklicht wird.

Auch wir als Berliner SPD haben uns breit beteiligt: Allein 19.000 Rosen haben Klaus Wowereit, unsere Senatorinnen und Senatoren, die Berliner Bundestagsabgeordneten, die ASF und viele Genossinnen und Genossinnen am Montag an die Berlinerinnen in der ganzen Stadt verteilt - und damit ein Zeichen gesetzt für Gleichstellung. Beim Rosenverteilen trifft man aber schon mal auf kritische Nachfragen, warum es den Frauentag denn noch gäbe, schließlich sei Gleichstellung in Deutschland doch Realität.

**TROTZ VIELER FORTSCHRITTE  
SIND NICHT ALLE ZIELE ERREICHT**

Tatsache ist, dass die (Frauen-)Generationen im vergangenen Jahrhundert viel erreicht haben für die Frauenrechte in Deutschland und Europa - vom Wahlrecht für Frauen über die Gleichstellung in den Verfassungen bis hin zu deren rechtlicher Verwirklichung. Aber machen wir uns nichts vor: Trotz vieler Fortschritte sind auch heute noch lange nicht alle Ziele erreicht. Armut, geringe Löhne, prekäre Beschäftigung, Nöte von Alleinerziehenden, fehlende Karrierechancen - noch immer sind Frauen in vielen Bereichen benachteiligt.



Michael Müller ist Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD, Ulrike Neumann ist frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Fotos: SPD Berlin

So zeigt pünktlich zum Frauentag eine Studie der Europäischen Union, dass Frauen in Deutschland noch 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Damit liegt Deutschland in Europa auf den hinteren Plätzen, nur vier Länder haben noch schlechtere Bilanzen vorzuweisen. Erschreckend dabei: Die Lohndifferenz ist dabei in den letzten 15 Jahren nicht etwa geschrumpft, in einigen EU-Ländern sogar noch gewachsen. Als Grund dafür gilt vor allem der hohe Anteil von Teilzeitarbeit unter Frauen. „Gleichberechtigung ist kein Luxus, sondern stärkt die Wirtschaftskraft“, so die EU-Kommission. Recht hat sie damit.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung zeigt mit ihrer Politik dagegen vor allem eins: den fehlenden Willen zur Gleichstel-

lung. Mit dem geplanten Betreuungsgeld werden die alten Rollenmuster zementiert, die bestehenden Benachteiligungen noch verschärft. Auch die Pläne zur Ausweitung von Mini-Jobs und Kombi-Lohn werden die Lohnunterschiede nicht verkleinern. Die SPD setzt sich aus gutem Grund für einen flächendeckenden Mindestlohn ein, der auch den vielen Frauen im Niedriglohnbereich zugutekommt. Die SPD sagt Nein zur Kopfpauschale, die zu steigenden Kosten für die Krankenversicherung vor allem bei Frauen führt.

**AUCH DIE SPD IST WEITER  
GEFORDERT**

Auch innerhalb der SPD sind wir gefordert: Die SPD hat vor über 20 Jahren die Frauenquote eingeführt. Parteitag, Kommissionen, Gremien sind in der Partei durch mindestens 40 Prozent Frauen besetzt. Nicht in allen Bereichen, die wir als Partei personell besetzen, greift die Frauenquote. Auch dort muss klar sein: Wir brauchen Frauen für sozialdemokratische Politik auf allen Ebenen. Darauf haben wir uns aus gutem Grund verständigt.

Der Frauentag ist in den letzten Jahren nicht unnötig geworden - im Gegenteil wird er auch nächstes Jahr an seinem 100. Geburtstag ein wichtiger Tag sein für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir sind als Politik und als SPD gefragt und gut beraten, wenn wir die Benachteiligung von Frauen beenden. Wir fordern gleiche Rechte. Für die SPD sind Chancengleichheit und Gleichstellung seit jeher vorrangiges Ziel ihrer Politik - nicht nur am Internationalen Frauentag.

**Michael Müller, Ulrike Neumann** □



## Stadtplanung:

# Die Zeit nach TXL

Rainer Hampel: Tegel-Konzept soll Diskussion anregen und in die Planung einfließen

**Der Kreisvorstand der Reinickendorfer SPD hat am 6. Oktober 2008 entschieden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, „die Überlegungen zur Nachnutzung des Flughafens Tegel anstellen und entsprechende Vorschläge entwickeln soll.“ Am 22. Februar 2010 hat der Kreisvorstand nach reger Diskussion den Bericht der AG einstimmig gebilligt.**

Nach dem derzeitigen Planungsstand und dem Verlauf der Baumaßnahmen an dem neuen Flughafen BBI in Schönefeld rückt das Ziel, dieses internationale Drehkreuz für den Luftverkehr in Berlin-Brandenburg im November 2011 in Betrieb zu nehmen, in greifbare Nähe.

Für die Entwicklung des Gesamtareals in Tegel ist es deshalb von immenser Bedeutung, dass die künftigen Planungsziele durch die vorbereitende Bauleitplanung - FNP - bis zu diesem Zeitpunkt verbindlich festgesetzt sind. Da es sich bei dem Flughafengelände um ein Gebiet mit einer Flächenausdehnung von ca. 466 ha handelt und bei der Neugestaltung sowohl klimatologische, ökologische und hydrologische Aspekte als auch ökonomische, stadtentwicklungspolitische und stadtgestalterische Überlegungen zu berücksichtigen sind, muss die verbleibende Zeit intensiv genutzt werden.

Das große Flughafengelände erreicht beträchtliche nächtliche Abkühlungstemperaturen. Damit besitzt es ideale Voraussetzungen, um die wichtigen Kaltluftströme zu begünstigen, die über Kaltluftleitbahnen in belastete und künftig sich noch weiter aufheizende innerstädtische Räume ziehen und dort für den Luftaustausch von grundlegender Bedeutung sind. Das muss bei Nachnutzungs-Konzepten beachtet werden.

Wir schlagen deshalb vor, an der westlichen Seite des Geländes eine Fläche von ca. 94 ha für die Wiederaufforstung vorzusehen. Die vorhandenen Heidekraut- und Trockenrasenflächen sollen als bedeutende Elemente in das Grünkonzept eingebunden werden.

Der Übergang zum jetzigen Waldgebiet der Jungfernheide soll als natürlicher Übergang ausgebildet und mit walddtypischen Randgehölzen bepflanzt werden.

Für das Gebiet um den Flughafen-See ist ein sensibler Umgang mit dem Landschaftsschutzgebiet dringend geboten.

Das mit dem Landschaftsplan vorgesehene Erschließungskonzept mit der Trennung des Geländes in einen allgemein zugänglichen, einen unter Aufsicht zugängli-



Das Gelände des Flughafens Tegel: Die Reinickendorfer SPD hat ihre Vorstellungen für die Zeit nach dem Flugbetrieb jetzt öffentlich zur Diskussion gestellt.

chen und einen nicht zugänglichen Bereich ist auf breite Zustimmung gestoßen und wird bis heute akzeptiert. Dadurch und durch die an dieser Stelle lobend zu erwähnende Arbeit des Naturschutzbundes haben sich in diesem Gebiet Fauna und Flora ungestört entwickeln können und für Pflanzen und Tiere wurden neue Lebensräume geschaffen. Diesen Erfolg gilt es weiterhin zu bewahren.

## ARBEITEN UND WOHNEN OHNE KONFLIKTE REALISIEREN

Bei den planerischen Konzepten zur künftigen Flächennutzung sollen vorrangig die Ansprüche nach Ansiedlungsflächen für Industrie und Gewerbe berücksichtigt werden. Aus diesen Überlegungen leitet sich unsere Einschätzung ab, auf dem Gelände von TXL eine planungsrechtliche Ausweisung im Flächennutzungsplan vorzusehen, die eine möglichst große Flexibilität für Berlin als Standort der Zukunftsin dustrien vorsieht.

Zu Recht hat der Regierende Bürgermeister, Klaus Wowereit, darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft von morgen Ideen, Technologie und Nachhaltigkeit braucht. Deshalb müssen bezüglich der Flächenvorsorge nach unserem Verständnis sowohl ausreichende Potenziale für Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorgesehen werden, als auch als Übergang zu bestehenden Stadtstrukturen gemischte Bauflächen bereit stehen, um übriges nicht störendes Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe anzusiedeln.

In unserem Konzept sind nördlich des jetzigen Terminals ca. 95 ha für Industrie und Gewerbe vorgesehen. Das Gebiet zwi-

schen Kurt-Schumacher-Damm und der nördlichen Start- und Landebahn wird als Übergang zwischen Wohnen und Gewerbe- und Industriegebiet als Gemischte Baufläche (MI) ausgewiesen, so dass dort im Wesentlichen nicht störendes Gewerbe und industrienaher Dienstleistungen auf einer Fläche von ca. 24 ha angesiedelt werden können. Parallel zum Kurt-Schumacher-Damm sind zur Nahversorgung kleinere Einheiten von Einzelhandel, Arztpraxen und Büronutzung für Architekten, Ingenieurbüros und Rechtsanwalts-Praxen vorstellbar. Dazu wird eine parallele Erschließungsstraße (auf der jetzigen südlichen Umfahrsstraße) genutzt, auf der der gesamte Ver- und Entsorgungs-Verkehr abgewickelt wird. Damit bleibt die Leistungsfähigkeit des Kurt-Schumacher-Dammes für den Durchgangsverkehr erhalten. Vom Grundsatz befürworten wir bzgl. der Nachnutzung von TXL eine möglichst CO<sub>2</sub> freie Ansiedlungsstruktur.

Deshalb schlagen wir auch Industrieansiedlungen vor, deren Unternehmen sich mit der Fertigung von Produkten der sog. Erneuerbaren Energien bzw. mit der Forschung beschäftigen. Ein Schwerpunkt könnten künftig Energieträger sein, die die Stromerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen gewinnen.

Obwohl deutsche Unternehmen z. B. bei der Fertigung von Solar-Anlagen noch führend sind, ist die internationale Wettbewerbssituation kritisch zu betrachten.

Wir könnten uns die Ansiedlung von Unternehmen vorstellen, die sich mit elektrischen Antrieben von Fahrzeugen befassen. Hier bietet sich im Verbund mit den Berliner Hochschulen noch ein weites Feld für

**Fortsetzung Seite 5**

**Fortsetzung von Seite 4**

Forschung und praxisorientierte Erprobung.

#### EINBEZIEHUNG DES FLUGHAFEN-TERMINALS IN EIN GESAMTKONZEPT

Das Abfertigungsgebäude des Flughafens (Terminal A) sollte schon wegen seiner dominanten Architektursprache auf jeden Fall erhalten und in ein Gesamtkonzept für Forschung, Entwicklung und Planung für eine nachhaltige Industrieansiedlung einbezogen werden.

Wir präferieren das Terminal-Gebäude als Zentrum eines Technologie- und Energieparks im Sinne einer Kompetenzfeldorientierten Wirtschaftspolitik des Landes Berlin zu entwickeln.

Das impliziert aber auch, dass die für die Abwicklung des ständig gestiegenen Passagieraufkommens vorgenommenen Anbauten (Terminal B, D + E) einschließlich der überdachten Zugänge und Gepäcklager abgerissen werden sollten. Dadurch würde das Sechseck als Solitär seine ursprüngliche Entwurfsfassung zurückerhalten und der Tower könnte als nun freistehendes Gebäude beispielsweise als Café und Aussichtsplattform für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Auf dem vor dem Sechseck gelegenen Parkplatz P 3 könnten wir uns vorstellen, die Fläche mit einer Glaskuppel zu überdachen und auf der Fläche eine Gokart-Bahn mit Solar- oder Elektroantrieb zu etablieren.

#### CHANCEN FÜR ZUKUNFTSWEISENDE WOHNFORMEN NUTZEN

Berlin ist und wird auch zukünftig eine Mieterstadt bleiben. Da die Eigentumsbildung in Wohn- und Hauseigentum neuerlich auch für die Alterssicherung an Bedeutung gewonnen hat, stellt sich der knappe und relativ teure Grundstücksmarkt in Berlin für potenzielle Bauherren als problematisch dar. Deshalb fordern wir, auf dem Areal auch zukunftsweisenden Wohnformen eine Chance zu geben.

Ein Wohngebiet (GFZ 0,4) für Generationenhäuser und Mehrfamilienhäuser für Baugruppen soll im Anschluss zur Cité Guynemer in einer Größenordnung von ca. 20 ha vorgesehen werden.

Dabei gehen wir davon aus, dass bei Grundstücksgrößen von 800 - 1000 m<sup>2</sup> attraktive mit der neuesten Klima schonenden Bauweise (Energiesparhäuser) zu errichtende Wohnhäuser für 2-3 Generationen oder Familien entstehen, die wegen der hervorragenden Lage direkt am Landschaftsschutzgebiet des Flughafensees gelegen eine hohe Nachfrage auslösen werden. Bei etwa 200 bis 250 Mehrfamilien-



*Leitete die bezirkliche Arbeitsgruppe zu Tegel: Rainer Hampel, von März 1989 bis Juni 1992 Bezirksstadtrat für Bauwesen in Reinickendorf, von Oktober 1992 bis Dezember 2000 Bezirksstadtrat für Bau- und Wohnungswesen in Weißensee, ab 1996 zusätzlich für das Ressort Bildung zuständig.*

häuser bedeutet das die Chance für eine Neuansiedlung für etwa 1500 bis 2000 neue Bewohner. Für die erforderlichen Kita-Plätze ist zu prüfen, ob Gebäude wie z. B. das jetzige Empfangsgebäude für Staatsgäste umgebaut werden kann.

Bei der Erschließung des Geländes ist darauf zu achten, dass die angestrebte Wohnqualität nicht von einem unbeabsichtigten Durchgangsverkehr negativ beeinflusst wird. Im Übrigen sind wir der Auffassung, dass das bestehende Wohngebiet der Cité Pasteur erhalten werden sollte, weil dort relativ preiswerter Wohnraum in Zentrumsnähe, der zudem nach der Wende grundlegend saniert wurde, die künftige Nutzung des Flughafengeländes nicht konterkariert.

Darüber hinaus fordern wir für die südwestlich angrenzende Fläche der Mäckeritzwiesen eine Umwandlung der jetzigen Ausweisung von Grünfläche in allgemeines Wohngebiet, um den dortigen Siedlern Rechtssicherheit zu verschaffen.

Bezüglich der Nachnutzung des Flughafenareals sind sich alle Planer einig, dass die Initialzündung vom Standort des jetzigen Terminals ausgehen wird und die weiteren Ansiedlungen auch von dort schrittweise entwickelt werden. Bei realistischer Betrachtung wird auch nicht zu erwarten sein, dass in den ersten Jahren nach der Schließung von TXL sofort Investoren für die Inanspruchnahme der gesamten Gewerbe- und Industrieflächen bereit stehen werden. Deshalb erscheint es sinnvoll abzuwägen, zumindest einen Teil dieser Flächen einer Zwischennutzung zuzuführen. Diese sollte geeignet sein, die kli-

matologischen Eigenschaften des Geländes nicht negativ zu beeinflussen und einer kurzfristigen Verfügbarkeit für ein Investitionsvorhaben nicht durch zeitintensive Geländeaufbereitungen im Wege zu stehen. Für eine solche Zwischennutzung bieten sich Kurzumtriebsplantagen - so genannte Energiewälder an. Eine Kurzumtriebsanlage (KUP) ist eine Anpflanzung schnell wachsender Baumarten mit dem Ziel, innerhalb einer Umtriebszeit von 3 bis maximal 10 Jahren Holz als regenerativen Rohstoff zu produzieren. Wird eine Anlage ausschließlich für die Energieerzeugung genutzt, spricht man auch von einem „Energiewald“. Bei einer Pflanzdichte von bis zu 10.000 Bäumen/ha liefert eine Ernte etwa 12,5 t/ha an Trocken-Holz, welches zu Hackschnitzeln verarbeitet in Biomassekraftwerken zur Energieerzeugung Verwendung findet.

#### SOLE-FREIZEIT-WOHLFÜHL-BAD

Eine Attraktion versprechen wir uns von der Nutzung des Terminals C für ein solches qualifiziertes Angebot, das sich mit den im Umfeld Berlins entstandenen Einrichtungen messen kann. Die Örtlichkeit ist über die Stadtautobahn gut erreichbar. Die Konkurrenzsituation für eine Therme mit hohen Qualitätsansprüchen wird im Vergleich zum Berliner Umfeld nicht als gravierend angesehen. Der Standort unter Einbeziehung des Abfertigungsgebäudes Terminal C bietet sich an, weil er von den übrigen Gebäudeteilen abseits gelegen ist und die notwendige Freifläche für den Außenbereich direkt am Gebäude entwickelt werden kann.

Eine abschließende Bewertung ist natürlich erst möglich, wenn eine Machbarkeitsstudie vorliegt, die auch bzgl. Umbau/Abriß/Neubau eine Kosten-Nutzen-Analyse enthalten wird. Dennoch glauben wir, mit diesem Vorschlag für den Standort und für Berlin eine Attraktion zu planen, die auch ökonomisch zum Erfolg führen wird.

#### VERKEHRSWEGE ANPASSEN - ÖPNV OPTIMIEREN

Ein Industrie- und Gewerbegebiet muss eine Straßenanbindung vorweisen, die die Erreichbarkeit für den Schwerlastverkehr gewährleistet und auf möglichst kurzen Wegen eine Zufahrt zur Autobahn sichert. Für Investoren sind leistungsfähige Straßennetze zur Erschließung eines Standortes für Industrie und Gewerbe signifikant. Es muss sichergestellt werden, dass die Planung auf diese Belange in ausreichendem Maße Rücksicht nimmt.

Wir haben in unserem Konzept schon sehr frühzeitig die Frage aufgeworfen, ob eine sinnvolle Anbindung zur Stadtauto-

**Fortsetzung Seite 6**

**Fortsetzung von Seite 5**

bahn nicht in der Weise sichergestellt werden sollte, dass nach der Anschlussstelle Antonienstraße eine neue Stadtstraße direkt auf das Flugfeld geführt wird. Der letzte Teil der A 111 wird nach der Zufahrt zum Flughafentunnel und dem Anschluss der Antonienstraße als Autobahn entwidmet und im weiteren Verlauf als Stadtstraße ausgewiesen. Diese Variante ermöglicht eine ampelgeregelter Straßenanbindung direkt auf das Flughafengelände.

**TECHNO-PARK-TRAIN BERLIN**

Nach Vorstellungen der SPD Reinickendorf sollte ein schienengebundenes leistungsfähiges Verkehrssystem vorgesehen werden, das vom U-Bhf. Kurt-Schumacher-Platz über das Flughafenterminal zum U- und S-Bhf. Jungfernhöhe führt und damit 2 U-Bahn-Linien (U 6 und U 7) und den S-Bahn Ring S 41 und S 42 miteinander vernetzt. Zudem könnte vom Terminal ein Abzweig zum Zentralen Festplatz geführt werden und damit das vom Schausteller-

verband heftig kritisierte Problem einer angemessenen Anbindung an den ÖPNV lösen helfen.

Wir sind nach den Erfahrungen aus Dortmund und Düsseldorf überzeugt, dass das dort betriebene H-Bahn-System die künftigen Anforderungen am Standort Berlin-Tegel mit großer Sicherheit erfüllen wird.

Sowohl die Leistungskapazität als auch die technische Reife sprechen dafür, in Berlin ein solches System zu implementieren.

Soweit wir das bisher einschätzen können, ist der Investitionsaufwand zur Errichtung einer solchen Kabinenbahn im Vergleich zu allen anderen schienengebundenen Verkehrssystemen relativ günstig.

Da für solche Anlagen sowohl Fördermittel vom Bund als auch von der EU eingesetzt werden können, wird der Eigenanteil Berlins relativ gering sein.

Die Techno-Park-Train Berlin ein leistungsfähiges, umweltfreundliches und kostengünstiges Kabinenbahnsystem wird nicht nur die an sie gestellte Verkehrsaufgabe erfüllen, sondern eine zusätzliche Attraktion in der Hauptstadt werden.

**AUSBLICK**

Das vorliegende Konzept der SPD Reinickendorf enthält eine Reihe von Vorschlägen, die teilweise weiter untersucht werden müssen aber wie wir glauben, immer eine realistische Chance zur Umsetzung in sich tragen. Für Berlin-Tegel, das in seiner gesamten Ausdehnung in den Grenzen des Verwaltungsbezirks Reinickendorf liegt, in dem wir als Sozialdemokraten seit Jahrzehnten kommunale Verantwortung tragen, wollten wir uns bezogen auf künftige Nutzungen gezielt einmischen. Wir gehen davon aus, dass sich Einiges von dem in der vorbereitenden Bauleitplanung und danach in Bebauungsplänen oder Planfeststellungsverfahren wieder finden wird.

Wir freuen uns darauf, in einigen Jahren neue Industrie- und Gewerbebetriebe im Bezirk willkommen zu heißen und manchen neuen Bewohner in der Wohnanlage am Flughafensee als Reinickendorfer begrüßen zu können.

**Rainer Hampel, Vorsitzender der Arbeitsgruppe der SPD Reinickendorf** □

**Verwaltung:**

# Faire Behandlung

Berlin ist Vorreiter bei verbindlichen Standards zum Einsatz von Praktikanten

**Bereits im Jahr 2008 kritisierte der damalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, dass zunehmend unbezahlte oder stark unterbezahlte Arbeit von Praktikanten als Ersatz für geplante Vollzeitstellen verrichtet wird. Als es aber zu einer gesetzlichen Grundlage zur Behebung des Missstandes kommen sollte, konnte sich wegen starker Lobby-Arbeit der Wirtschaft die (damalige) große Koalition nicht auf eine Regelung verständigen - es blieb bei Ankündigungen zur Verbesserung der Situation der „Generation Praktikum“.**

Das Land Berlin ist seit Februar weiter: Das Abgeordnetenhaus hat am 25. Februar 2010 mit den Stimmen aller Fraktionen einen Antrag der Koalition zum fairen Umgang mit Praktikantinnen und Praktikanten in der Berliner Verwaltung und den Landesunternehmen beschlossen.

Ausgangspunkt für den Antrag ist die oft unbezahlte und ausgenutzte „Generation Praktikum“, die mit ihrer Arbeitskraft als Ersatz für eine Vollzeitstelle diente und dem Unternehmen Kosten einsparen soll. Das Ziel, eine Erkennung des Berufsfeldes zu ermöglichen, wurde so häufig verfehlt. Stattdessen lösten Praktika zunehmend das Instrument der Probezeit und der atypischen Beschäftigungsverhältnisse ab. Dies trifft nicht nur auf die Wirtschaft, sondern teilweise auch auf die Berliner Verwaltung zu.

Der Beschluss soll nun das Dilemma der „Generation Praktikum“ in Form von konkreten Regelungen bezüglich des Einsatzes und des Umfangs von Praktikanten in der Berliner Verwaltung und den Landesunternehmen eingrenzen, sodass eine unberechtigte Beanspruchung für stetig anfallende Aufgaben verhindert werden soll.

Dazu wurden vier Leitlinien festgelegt, die den Praktikantinnen und Praktikanten faire Bedingungen gewähren: Die Praktika müssen bei einer Laufzeit von mehr als einem Monat angemessen vergütet werden, sofern es sich nicht um ein Pflichtpraktikum im Rahmen einer Ausbildung handelt. Weiterhin soll das Praktikum der grundlegenden Berufsfeldorientierung und dem Sammeln von Erfahrungen dienen.

Praktikanten sollen sich so vor allem mit den Arbeitsabläufen vertraut machen und dürfen keine vollen Planstellen ersetzen, die für die dauerhafte Bearbeitung von Aufgaben zuständig sind. Auch eine unnötig langfristige Beschäftigung von Praktikanten soll durch die Obergrenze von drei Monaten Praktikumsdauer verhindert werden, außer wenn Studienordnungen o.Ä. eine längere Laufzeit vorsehen.

Zugegeben, es war nicht ganz einfach den Antrag durchzusetzen. Zahlreiche Bedenken aus der Verwaltung und von Teilen unserer Senatoren sorgten für eine über einjährige Diskussion des Antrages. Ich halte es für richtig, dass gute Arbeit nicht

unbezahlt bleiben darf, auch wenn es sich um einen Praktikanten handelt. Bei mancher Diskussion konnte ich nicht nachvollziehen, dass wir auf der einen Seite „Gute Arbeit“ als Slogan propagieren, auf der anderen Seite aber der Staat sich nicht binden lassen will. Daher freut es mich umso mehr, dass der Antrag im Parlament so breite Unterstützung fand.

Der Antrag trägt nun den eigentlichen Sinn eines Praktikums stärker in sich: Es dient dem Sammeln von Erfahrungen, die später im Berufsleben benötigt werden und ist kein Mittel, billige Arbeitskraft auszubeuten. Und der Antrag verpflichtet zu einer angemessenen Vergütung, sofern es sich nicht um ein Ausbildungs-Pflicht-Praktikum handelt. Ich halte eine Aufwandsentschädigung von 300 bis 500 Euro im Monat für den Einsatz von Praktikanten für adäquat. Wie in den Beratungen festzustellen war, ist der Betrag auch finanzierbar - bei 100 regelmäßig zu vergütenden Praktikanten sind das 50.000 Euro im Landeshaushalt. Ein vergleichsweise geringe Summe für mehr Gerechtigkeit.

Mit diesem Antrag ist Berlin das erste Bundesland, das sich zu einem fairen Einsatz von Praktikanten verpflichtet. Ein positiver Effekt im Sinne einer Ausstrahlung auf die private Wirtschaft und andere Bundesländer ist wünschenswert, zumal Berlin mit seiner Stellung eine Vorbildfunktion besitzt.

**Sven Kohlmeier** □



Vor 20 Jahren:

# Freiheit vor Einheit

Wolfgang Thierse erinnert an die erste freie Volkskammerwahl am 18. März 1990

**Am 18. März 1990 machten die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine ganz neue Erfahrung: Zum ersten Mal war ihre Stimme, war ihr Kreuz auf einem Wahlschein etwas wert. Gewählt wurde die 10. und zugleich letzte Volkskammer - und das war endlich eine, die diesen verpflichtenden Namen verdiente.**

Die Mehrzahl der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger erlebte den Wahlsonntag nicht nur als ein historisch, sondern auch als ein biografisch bedeutsames Ereignis. Nach knapp sechs Jahrzehnten und zwei Diktaturen konnten sie endlich in einem demokratischen Verfahren auf die politische Gestaltung ihres Landes und auf seine Zukunft Einfluss nehmen. Wofür sich die endlich mündig gewordenen Bürgerinnen und Bürger an diesem Tag entschieden, ist bekannt: für die parlamentarische Demokratie und für die deutsche Einheit.

VON DER REVOLUTIONÄREN ZUR  
PARLAMENTARISCHEN PHASE

Aber zunächst einmal markierte die Wahl vom 18. März einen wichtigen Wendepunkt. Sie beendete die revolutionäre und eröffnete die parlamentarische Phase. Aus revolutionären Basisgruppen waren Parteien geworden, aus den Sprechern der Oppositionsbewegungen und den Vertretern am Runden Tisch wurden Abgeordnete und Minister eines demokratischen Regierungssystems.

Dies zeigt auch: Die Friedliche Revolution und der demokratische Übergang in der DDR lassen sich nicht auf eine pure Vorgeschichte der deutschen Wiedervereinigung reduzieren. Freiheit vor Einheit - das war die Reihenfolge! Und die Volkskammerwahl vom 18. März war sichtbarer Ausdruck der gewonnenen Freiheit.

HART ERRUNGENES ERGEBNIS  
DER FRIEDLICHEN REVOLUTION

Auch wenn den Bürgern der DDR die Momente des Umbruchs in der DDR oft wie ein Wunder erschienen: Der 18. März war kein Geschenk, keine himmlische Fügung, sondern ein hart errungenes Ergebnis der Friedlichen Revolution. Er war das großartige Werk jener mutigen, mutig gewordenen Menschen, die im Herbst 89 ihre Sprache wiederfanden, sich in den Bürgerrechtsbewegungen sammelten und in jenen Tagen ihre Freiheit selbst erkämpft haben!

Das Ergebnis der Volkskammerwahlen



Wolfgang Thierse vor Bildern der Ausstellung zur friedlichen Revolution am Alexanderplatz.  
Foto: Büro Thierse

war für die Bürgerrechtsbewegungen allerdings ernüchternd. Im Rückblick erscheinen sie geradezu als etwas Flüchtliges, allzu schnell Vergangenes. Im Herbst 1989 noch waren sie Ventil und Vehikel der Massen gewesen, hatten den revolutionären Aufbruch getragen, die SED zur Preisgabe der Macht gezwungen und am Runden Tisch den friedlichen Übergang zur parlamenta-

(Anlage 1)

Fragebogen für mögliche Kandidaten zur Volkskammer

Name: Thierse Wolfgang

Geburtsort und -datum: 1930, 10. April

Beruf: ...

Arbeitsstelle: ...

Zugehörigkeit oder frühere Zugehörigkeit zu Parteien und Massenorganisationen (auf Austrittsdatum angeben): ...

Telefon dienstlich: ...

Ortsverband: ...

Sonderere Kompetenzen: ...

Stichworte zum Lebenslauf (außer den oben angegebenen Daten): ...

Unterschrift des Kandidaten: ...

Unterschrift des Kreisvorsitzenden: ...

Fragebogen für Volkskammerkandidaten aus dem Jahr 1990.

rischen Demokratie verhandelt. Doch bei den Wahlen konnten sie bei weitem nicht mehr so viele Menschen erreichen, wie sie im Herbst zuvor gegen die SED mobilisiert hatten. Sie erhielten nur wenige Prozent der abgegebenen Stimmen. Das war eine große Enttäuschung!

ENTTÄUSCHENDES ERGEBNIS  
FÜR BÜRGERRECHTSBEWEGUNG

Und auch für uns Sozialdemokraten - Teil der Bürgerbewegung - war das Ergebnis niederschlagend. Nach den Umfragen im Vorfeld sollte die SPD als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen. Viele von uns versprachen sich einen klaren Wahlsieg und hofften darauf, dass der Spitzenkandidat der SPD, Ibrahim Böhme, der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR werden würde. (Böhme selbst musste übrigens schon wenige Tage später nach der Aufdeckung seiner inoffiziellen Stasi-Tätigkeit zurücktreten.)

Bereits am 26. August 1989 hatte ein Kreis von Sozialdemokraten einen Gründungsauftrag öffentlich gemacht und schon wenige Wochen später wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der DDR (zunächst SDP) in dem kleinen Ort Schwante bei Berlin gegründet - just am 40. Jahrestag der DDR! Die Zerschlagung der SPD 1946 in der sowjetisch besetzten Zone durch die Zwangsvereinigung mit der KPD war der Auftakt für eine 43-jährige Diktatur gewesen. Deshalb war die Gründung einer sozialdemokratischen Partei ebenso mutig wie weitblickend.

Und nun - so dachten wir - sollte über 40 Jahre nach der Zwangsvereinigung, nach jahrzehntelanger Unterdrückung endlich eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Geschicke der DDR in eine neue Richtung lenken, mit der konservativen Regierung in Bonn die Ausgestaltung einer gemeinsamen Zukunft verhandeln, den Weg in eine demokratische und sozialökologische Gesellschaft weisen. Doch die SPD wurde zu unserer Enttäuschung mit nur 22 % der Stimmen lediglich zweitstärkste Kraft hinter der CDU, die fast 41 % der Stimmen erlangte.

NACH DER WAHL: VOR NEUEN  
HERAUSFORDERUNGEN

Nach den Ursachen dieses unerwartet schwachen Abschneidens zu suchen, dazu blieb allerdings kaum Zeit. Denn wir neu-

Fortsetzung Seite 8

**Fortsetzung von Seite 5**

en politischen Akteure standen vor immensen Herausforderungen.

## SCHULE DER DEMOKRATIE

Die 10. Volkskammer war im besten Sinne des Wortes eine Schule der Demokratie und zugleich ein Arbeitsparlament: die Abgeordneten mussten die Spielregeln und Verfahrensweisen der Demokratie quasi aus dem Stand heraus praktizieren und standen zugleich einer Fülle von Problemen gegenüber. Ein funktionsfähiges parlamentarisches Regierungssystem musste in Gang gesetzt werden, um den neuen Staat handlungsfähig zu machen. Die Politik musste Legitimität und Kalkulierbarkeit in einem Land gewinnen, dessen Wirtschaft zusammenbrach, dessen Versorgung kaum noch gewährleistet werden konnte, dessen Bevölkerung mit Abwanderung drohte.

SECHS MONATE ZEIT ZUR  
VOLLENDUNG DER EINHEIT

Nur sechs Monate hatte die Volkskammer Zeit, die staatliche Einheit in Selbstbestimmung und in Anerkennung unserer historischen Verantwortung zu vollenden. Der Regelungsbedarf war gewaltig. Ich erinnere nur an einige der wichtigsten Arbeitsfelder: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Rechtsangleichung, Stasi-Erbenschaft. Der Beitrittsbeschluss erging erst nach Abschluss des Einigungsvertrages und der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, denn wir wollten einvernehmlich mit den Siegermächten und Nachbarn in die Einheit gehen.

Natürlich gab es Fehler, Versäumnisse, Überforderung. Wie sollte es auch anders sein? Es gab kein Lehrbuch, in dem beschrieben wird, wie ein demokratisches Parlament sich selbst überflüssig macht, sich selbst und zugleich seinen Staat abschafft, und das auch noch zu akzeptablen Bedingungen. Was in der 10. Volkskammer erreicht wurde, war ohne Vorbild!

MEHR ALS EIN  
ÜBERGANGSPARLAMENT

Trotz der Kürze ihres Mandats hat die frei gewählte Volkskammer des Jahres 1990 ein bedeutendes Kapitel in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus geschrieben. Sie war eben mehr als nur ein Übergangsparlament, mehr als ein Lückenfüller zwischen Diktatur und Demokratie. Ihr ist es gelungen, in das vereinte Deutschland eine auf die friedliche Revolution der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger begründete Demokratie mit eingebracht zu haben. Das ist eine große, eine historische Leistung!

**Wolfgang Thierse** □

## Jugendprojekt:

# Wie eine Familie

## „Stark ohne Gewalt“ wurde Modellprojekt

**Schwer sei es nach denen zu reden, die die besten sind, heute Abend, leitete die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer sichtlich beeindruckt von dem Rap dreier Jugendlicher von „Stark ohne Gewalt“ ihre Rede ein.**

Beeindruckend, nachdenklich und zugleich sehr unterhaltsam war das Programm der Jubiläumsfeier letzten Freitag überhaupt. An dem Abend zeigte sich, dass „Stark ohne Gewalt“ mehr ist als nur ein Projekt, in dem Jugendliche im Verbund mit Kirchen, Polizei und Vereinen der Migranten andere davon abhalten gewalttätig zu sein. „Stark ohne Gewalt“ ist für viele Jugendliche so etwas wie eine Familie geworden. Ein Ort an dem auch gemeinsam geträumt, gearbeitet und gekocht wird, wo jeder sich einbringen kann und zugleich lernen muss, Achtung und Respekt vor den anderen zu haben.

„Stark ohne Gewalt“ wurde drei und die beiden Initiatoren, Pfarrer Jörg Gerasch von der Josua Gemeinde und Raed Saleh, Vorsitzender der Spandauer SPD nahmen dies zum Anlass, alle, die schon lange dabei sind, auszuzeichnen und ein herausragendes Projekt mit dem „Werner-Salomon-Preis“ zu prämiieren, das sich ebenfalls der Abwehr von Gewalt verschrieben hat. „Mitternachtsfußball“ ist in der Gegend um die Heerstraße Nord in Spandau angesiedelt. Mit „Kicken statt kloppen und klauen“ beschrieb der „rbb“ das Projekt, dem fürs Wei-



Fest zum dreijährigen Bestehen von „Stark ohne Gewalt“ mit Raed Saleh, Jörg Gerasch und Werner Salomon.  
Foto: Beatrice Bachnick

termachen demnächst die Mittel ausgegangen wären. Somit war die Preisverleihung nicht nur Ehrung, sondern auch Rettung zugleich.

Aber auch Stark ohne Gewalt wurde beschenkt: zum einem durch die Anwesenheit vieler Prominenter wie dem ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Müntefering, Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, ihrer Kollegin Justizsenatorin Gisela von der Aue, dem Polizeipräsidenten Dieter Glietsch und dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, um nur einige zu nennen, zum anderen wurde „Stark ohne Gewalt“ dadurch ausgezeichnet, dass es Modellprojekt der sozialen Stadtentwicklung in Berlin wird. **B. Bachnick** □

# „Projekte gegen Rechts erhalten“

## Beschluss der SPD Friedrichshain-Kreuzberg

**Weitreichende Forderungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus hat die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 6. März verabschiedet. Dabei geht es vor allem um einen gesicherten Erhalt der Projekte gegen Rechts.**

Zentral war dabei die Forderung nach einer langfristigen Absicherung der Registerstellen, die sämtliche Gewaltvorfälle, aber auch Bedrohungen und Propaganda-Aktionen mit rechtem oder diskriminierendem Hintergrund dokumentieren und Anlaufstellen für die Betroffenen sind. Bislang gibt es solche Registerstellen in fünf Berliner Bezirken (Pankow, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg). „Die Regi-

sterstellen leisten unverzichtbare Arbeit in den Kiezen“, so die Abgeordnete Susanne Kitschun. „Wir wollen, dass die Registerstellen dauerhaft abgesichert und auf alle Bezirke ausgedehnt werden.“

Besonders erfolgreiche Projekte aus dem Lokalen Aktionsplan sollen in die Regelfinanzierung übernommen bzw. ein Aktionsfonds auf Bezirksebene für die Arbeit gegen Rechts aufgelegt werden. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte Neuausrichtung der Bundesprogramme „kompetent“ und „Vielfalt tut gut“ zu einem allgemeinen Programm zur „Extremismusbekämpfung“ sieht die SPD jedoch mit Sorge. Es steht zu befürchten, dass hier aus politischer Präferenz heraus eine Verteilung zu Ungunsten der Projekte gegen Rechts entsteht. **PM** □



Bundestagsfraktion:

# Aktionsplan Gleichstellung

Mechthild Rawert: Für Entgeltgleichheit sorgen

**Im Leitantrag des Dresdner Parteitag wurde beschlossen einen „Aktionsplan Gleichstellung“ zu erstellen. Die Parlamentarierinnen der SPD haben deshalb dafür gesorgt, dass eine Querschnittsarbbeitsgruppe Gleichstellung eingerichtet wird, die jetzt gemeinsam mit ASF, Parteivorstand und in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Verbänden diesen Aktionsplan erarbeiten wird.**

Mit Christel Humme als Sprecherin und Caren Marks und mir als Stellvertreterinnen haben wir jetzt die Arbeitsplanung bis zum Sommer festgelegt, um bereits zum Bundesparteitag im Herbst einen ersten Antrag vorlegen zu können. Bis dahin konkretisieren wir unsere Positionen zu den Themen Entgeltgleichheit, SGB II-Reform, Elterngeldreform und Mutterschutzrichtlinie. Das Gremiengesetz und 40%ige Quotierung der Aufsichtsräte gehören ebenso dazu.

Im Bundeshaushalt sollen ab Mai 2010 bis 2013 1,8 Mio Euro für einen „Masterplan Gleichstellung“ eingestellt werden. Ab November 2010 noch einmal rund 2 Mio Euro für „Lebenslaufgerechtigkeit für Frauen“. Abgestimmt wird dieser Haushalt voraussichtlich am 19. März. Eine Aufgabe der AG sowie aller Parlamentarierinnen der SPD wird sein, diese Mittelvergabe kritisch zu begleiten und zu prüfen.

Unser sozialdemokratisches Leitbild ist die Familie, in der Mütter und Väter gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge verantwortlich sind. Dazu gehört die Gleichstellung von Mann und Frau in allen



Bundestagsabgeordnete in Tempelhof-Schöneberg: Mechthild Rawert. Foto: Horb

gesellschaftlichen Bereichen. Ich freue mich auf die spannende Herausforderung und bin sicher, dass wir zum Bundesparteitag im Herbst einen guten Antrag vorlegen können, der das Profil der SPD in gleichstellungspolitischer Hinsicht weiter schärft!

Mir ist die Forderung nach Entgeltgleichheit besonders wichtig, weil sie auch die Gesundheits- und Sozialberufe in besonderem Maße betreffen. Sie berühren gleichermaßen die Kernfragen sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik für einen gesetzlichen Mindestlohn und Chancengleichheit in Beruf und Karriere.

Am Equal-Pay-Day, dem 26.03.2010 von 12-14 Uhr, werde ich gemeinsam mit weiteren MandatsträgerInnen, GewerkschafterInnen und Frauen aus Frauenverbänden vor dem Brandenburger Tor für „gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ demonstrieren. Alle sind herzlich eingeladen!

Mechthild Rawert □

Abteilungen:

## „Vermögen wieder besteuern“

SPD-Dahlem startet neue Initiative

**„Der sozialdemokratisch geführte Senat von Berlin wird aufgefordert, umgehend den Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes in den Bundesrat einzubringen.“ So lautet der Beschluss einer Abteilungsversammlung der SPD Dahlem, mit dem erreicht werden soll, dass „große Vermögen endlich wieder besteuert“ werden.**

Da der Ertrag der Vermögensteuer den Bundesländern zufließt, stehen im Ergebnis jährliche Mehreinnahmen in Milliardenhöhe für alle Bundesländer, für das Haushaltsnotlageland Berlin allein über zweihundert Millionen Euro zur Verfügung, heißt es in der ausführlichen Be-

gründung. 171 Millionen Euro, damals 335 Millionen DM, habe Berlin ausweislich seiner Haushaltsrechnung zuletzt bereits im Jahr 1996 aus der Vermögensteuer eingenommen. Seitdem nimmt das Haushaltsnotlageland sie jährlich weniger ein - zusammengerechnet sind das 2,2 Milliarden Euro oder, wie die Antragsteller vorrechnen, „fast ein halber Bankgesellschaftsverkaufserlös“. „Die Länder können nicht länger auf die von der CDU/CSU und der FDP entwendeten Einnahmen aus der Vermögensteuer verzichten.“ **BS** □

➔ Infos/Musterantrag beim Dahlemer Abteilungsvorsitzenden Burkhard Zimmermann, Mail: burkhard.z@t-online.de

## FRAKTION INTERN

**Großes Interesse an Klimaschutz.** Rund 70 Besucherinnen und Besucher sind am 4. März zu einer Veranstaltung der SPD-Fraktion zum Thema Klimaschutz und sozial verträgliche Mieten ins Berliner Abgeordnetenhaus gekommen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, warb für das von BUND und Mieterverein entworfene Stufenmodell, auf das auch die IHK setzt. Es sieht eine Verpflichtung zur energetischen Sanierung vor, die sich an einem maximal erzielbaren Energiebedarf (energetisches Ziel) und/oder einem CO<sub>2</sub>-Äquivalent (umweltpolitisches Ziel) orientiert. Die jahresspezifischen Zielfestlegungen gliedern sich in Intervallen. Fundamentalopposition gegen dieses Modell erklärte nur der Wohnungsverband BBU. Buchholz betonte, dass Entlastungen durch eingesparte Energiekosten und Belastungen durch Sanierungskosten in einem angemessenen Verhältnis stehen müssen. Dass jemand aus seiner sanierten Wohnung vertrieben werde, weil er die Miete nicht mehr zahlen kann, werde es mit der SPD nicht geben.

**Internationaler Frauentag.** Zum Internationalen Frauentag am 8. März hat die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ulrike Neumann, dazu aufgerufen, im Kampf für Frauenrechte als Menschenrechte nicht nachzulassen. Das 99. Jubiläum des Frauentages ist immer noch ein Kampftag, denn vielerorts auf dem Globus haben Frauen „weder Brot noch Rosen.“ Am 26. März wird sich die SPD-Fraktion zum Equal Pay Day mit einer Postkartenverteilaktion für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern stark machen.

**GASAG verliert endgültig vor Gericht.** Der Berliner Gasversorger GASAG hat erneut eine herbe Niederlage vor Gericht erfahren. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Revision des Unternehmens gegen ein Urteil des Berliner Kammergerichts vom Oktober 2008 jetzt endgültig zurückgewiesen. 38 GASAG-Kunden hatten mit Unterstützung der Verbraucherzentrale eine Sammelklage gegen die 11-prozentige Preiserhöhung von Oktober 2005 eingereicht. Sie haben nun endgültig Recht bekommen. Mit dem jetzt veröffentlichten so genannten Zurückweisungsbeschluss (Az. VIII ZR 312/08) hat der BGH den Endpunkt in dem Klageverfahren gesetzt. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, appellierte erneut an den GASAG-Vorstand, ein faires Angebot zu machen. Alle 300 000 Sondervertragskunden sollten nach Ansicht von Buchholz zumindest teilweise eine Erstattung erhalten.

cs □

## Hillenberg verlässt die SPD-Fraktion

**Der Pankower Abgeordnete Ralf Hillenberg hat am Dienstag seinen Austritt aus der SPD-Fraktion erklärt. Sein Mandat will er allerdings behalten.**

Es sei gut, dass Hillenberg mit seinem Austritt aus der Fraktion für sich Konsequenzen gezogen habe, betonte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Es gehe hier um Glaubwürdigkeit. Sowohl der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller als auch Klaus Wowereit hatten Hillenberg nahegelegt, als Konsequenz aus der ohne Ausschreibung erfolgten Vergabe von Howoge-Aufträgen an sein Bauunternehmen das Mandat niederzulegen. Die Fraktion diskutierte in ihrer Sitzung am Dienstag ausführlich über die Frage. Hillenberg betonte, anschließend in einer Erklärung: „Ich habe zu keiner Zeit wissentlich gegen die Vergaberichtlinien des Berliner Senats verstoßen und würde ein derartiges Verhalten auch nicht billigen.“

Der parlamentarische Geschäftsführer der Berliner SPD, Christian Gaebler, warf Hillenberg mangelndes Problembewusstsein vor. **BS □**

## SPD-Abgeordnete ohne Zuverdienst

**Alle Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten konzentrieren sich vollständig auf ihr Mandat und haben keine zusätzlichen Einkünfte. Damit bilden sie offenbar die absolute Ausnahme.**

Vor allem die Rechtsanwälte unter den 23 Berliner Bundestagsabgeordneten gehen weiter ihrer früheren Tätigkeit nach. Das sind bei der CDU zum Beispiel Jan-Marco Luczak und Karl-Georg Wellmann, bei der FDP Martin Lindner sowie Lars Lindemann (der zusätzlich auch noch als Angestellter eines Krankenhauses arbeiten muss - mit monatlichen Einnahmen von mehr als 7000 Euro), bei den Grünen Christian Ströbele, bei der Linkspartei Gregor Gysi und Halina Wawzyniak. Berliner Spitzenverdiener ist der Reinickendorfer CDU-Abgeordnete Frank Steffel, der neben der monatlichen Diät (7668 Euro) und der Kostenpauschale (3969 Euro) als Geschäftsführer seiner Teppichfirma im Monat mehr als 7000 Euro erhält und als Beirat der Berliner Spielbank zwischen 1000 und 3500 Euro.

Angegeben werden die jeweiligen Zuverdienste in drei Stufen: 1000 bis 3500 Euro (Stufe 1), 3500 bis 7000 Euro (Stufe 2) und über 7000 Euro (Stufe 3). Wie weit die Einkünfte über den angegebenen 7000 Euro liegen, muss nicht mehr angegeben werden **BS □**

Parteiwahlen:

## Ergebnisse (2)...

So wählten Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften

**In dieser und den kommenden Ausgaben informiert die BERLINER STIMME über die Ergebnisse der Parteiwahlen, die uns mitgeteilt werden.**

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf.** In der **Abteilung 73** in Charlottenburg - Wilmersdorf wurde die bisherige Vorsitzende Carolina Böhm am 24.02.2010 einstimmig zur Vorsitzenden wiedergewählt. Stellvertreter sind Felix Kramer und Silke Wasmann-Dabel. Schriftführerin ist Silvia Klein, Kassierer ist Fabian Schmitz-Grethlein.

■ **Marzahn-Hellersdorf.** Turnusgemäß hat die **Abteilung 2** der SPD Marzahn-Hellersdorf ihren Vorstand neu gewählt. Als neue und alte Abteilungsvorsitzende wurde in der Sitzung am 17.02.2010 einstimmig Andrea Böhringer gewählt. Als Kassierer wurden Rainer Birke, als stellvertretender Abteilungsvorsitzender Gordon Lemm ebenfalls einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Die **Abteilung 5, Biesdorf Nord**, der SPD Marzahn-Hellersdorf hat ihren bisherigen Vorsitzenden Rudi Kujath einstimmig wiedergewählt. Rudi Kujath kandidierte im September 2009 für die SPD im Bundestagswahlkampf. Seine Stellvertreter wurden Regina Knispel und Marcel Dahmann. Kassierer bleibt Eckardt Böhringer, Heide Hellwig wurde Schriftführerin. Die **Abteilung 3** hat Peter Risch als Abteilungsvorsitzenden einstimmig wiedergewählt, Stellvertreterin ist Marlitt Köhnke, Kassierer Laura Keddi und Schriftführer André Gaedecke.

■ **Neukölln.** Die **Abteilung 5** hat Erol Özkaraca zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Cordula Klein und Dr. Thomas Reller, Kassierer wurde

Dieter Jendralski, Schriftführerin ist Ingrid Koch.

■ **Spandau.** Die **Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen** hat am 17. Februar Susanne Pape zur Vorsitzenden gewählt, Peter Wisniewski ist Stellvertreter. Die **Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen** hat Angelika Syring wiedergewählt, Stellvertreter sind Heiko Blankenburg, Leo Grosskopf und Danuta Skut. Die **Abteilung Gadow-Kladow** hat am 16. Februar die Abteilungsvorsitzende Ulrike Sommer im Amt bestätigt. Helmut Kleebank ist stellvertretender Vorsitzender, André Wecker ist Kassierer und Gaby Schiller Schriftführerin.

■ **Steglitz-Zehlendorf.** Die **Abteilung 4** hat am 9. Februar als Abteilungsvorsitzenden Holger Fabig gewählt, als StellvertreterInnen Miroslaw Tadjewski und Susann Budras, als Kassierer Joachim Reibold und als Schriftführerin Helga Miels.

■ **Treptow-Köpenick.** Die Mitglieder der **SPD Altglienicke** haben einen neuen Vorstand für die kommenden zwei Jahre gewählt. Vorsitzende ist wieder Heidrun Meißner, zu Stellvertretern wurden Ellen Haußdörfer und Dr. Dieter Schmitz gewählt. Britta Thielicke wurde als Schriftführerin bestätigt und Bernd Haupt als Kassierer. 7 Beisitzer und ein Seniorenbeisitzer unterstützen den Vorstand

■ **Afa.** Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat erneut Christian Haß zu ihrem Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Rolf Wiegand, Anne Hansen, Frank Kirstan und Klaus Eisenreich, Schriftführer wurde Manfred Lehmann. **BS □**

**wird fortgesetzt**

## Nicht alles im grünen Bereich

Engere Zusammenarbeit in Mitte, Zerwürfnis in Neukölln

**In Mitte haben SPD und Grüne gerade eine Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit bis zum Ende der Wahlperiode unterzeichnet, in Neukölln erklärte die SPD die bezirkliche Zählgemeinschaft mit den Grünen für beendet.**

Vor allem die Bewältigung der schwierigen Haushaltslage in Mitte haben sich die Fraktionen von SPD und Grünen vorgenommen. Darüber hinaus wollen beide Fraktionen in wichtigen politischen Fragen zusammenarbeiten. Akzente setzten die beiden Fraktionen im neuen Doppelhaushalt bereits bei der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit.

In Neukölln scheiterte die Zählgemeinschaft an einem Antrag zur Verurteilung

von Gewalt. Um extremistischen Einschüchterungsversuchen geschlossen entgegenzutreten, brachte der Ältestenrat der BVV einen von allen Fraktionen erarbeiteten Resolutionsentwurf ein, der unter anderem die Aussage enthält: „Einschüchterungsversuche gegen Personen sowohl von rechts- als auch von linksextremer Seite treffen auf unsere einhellige Ablehnung und Gegenwehr.“ Dieser Formulierung zustimmen sah sich in der BVV die Fraktion von Bündnis 90/Grüne als einzige außerstande. Die Grünen hätten damit die gemeinsame Basis der Zusammenarbeit in einer Zählgemeinschaft mit SPD und Der Linken verlassen, so die Vorsitzenden der Neuköllner SPD, Fritz Felgentreu, und der BVV-Fraktion, Lars Oeverdieck. **BS □**



Gesundheitspolitik:

# Kopfpauschale mobilisiert

## SPD hält an solidarischer Gesundheitsversorgung fest

Die Kopfpauschale im Gesundheitswesen mobilisiert die Menschen: Bereits kurz nach dem Start hat eine Unterschriftenaktion der SPD weit mehr als zwanzigtausend Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gefunden. „Gesundheit ist ein wertvolles Gut“, heißt es in der Petition. „Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition ab.“

Vor allem in den Gewerkschaften findet die Unterschriftenaktion Unterstützung. Im Bundestag setzt sich die SPD-Fraktion zudem für eine Rückkehr zur paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten Gesundheitsversorgung ein. So haben die SPD-Bundestagsabgeordneten einen Antrag eingebracht, die auf Druck der CDU in der Großen Koalition beschlossenen Zusatzbeiträge für Versicherte wie-



[www.nein-zur-kopfpauschale.de](http://www.nein-zur-kopfpauschale.de)

der abzuschaffen. Auch der von den Arbeitnehmern allein zu tragende Beitragssatzanteil von 0,9 Prozentpunkten soll nach dem Willen der SPD rückgängig gemacht werden.

Mit der Einsetzung einer Expertenkommission hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nun trotz allen internen Streits, die Weichen für die Einführung einer Kopfpauschale gestellt, bei der unabhängig vom Einkommen Versicherte immer den-

selben Betrag zahlen. Für Gutverdienende würde der Beitrag sinken. Geringverdienende wären dagegen auf staatliche Zuschüsse angewiesen.

Nach Expertenschätzungen kostet eine Kopfpauschale rund 35 Milliarden Euro im Jahr. Soll dies über die Einkommensteuer finanziert werden, müssten nach Berechnungen des CDU-geführten Finanzministeriums entweder der Spitzensteuersatz auf unwahrscheinliche 73 Prozent erhöht werden oder die gesamte Einkommensteuer um drei bis fünf Prozent. In Betracht käme auch eine Mehrwertsteuererhöhung um 2,5 bis vier Prozent. In diesem Fall würden Geringverdienende die staatlichen Zuschüsse zu ihrer Krankenversicherung auf einem Umweg selbst zahlen.

Die Kopfpauschale erreicht aber noch eine andere fatale Wirkung: Da die Arbeitgeber aus der solidarischen Finanzierung entlassen werden, sinkt der politische Druck, die Gesundheitskosten unter Kontrolle zu halten. Eine Erhöhung der Kopfpauschale ließe sich verhindern, indem die Leistungen für die Versicherten eingeschränkt werden. Zusatzversicherungen würden dann die zu entsprechenden Beiträgen die privaten Krankenversicherungen anbieten. **BS** □

Sozialpolitik:

# Geringverdiener üben Verzicht

## Böckler-Stiftung: Nicht einmal jeder zweite Anspruchsberechtigte „stockt auf“

Etwa 500.000 Vollzeitbeschäftigte in Deutschland nehmen nach einer Untersuchung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ihren Anspruch auf staatliche Unterstützung nicht wahr. Sie lassen ihren geringen Verdienst nicht mit ergänzendem Arbeitslosengeld II „aufstocken“, obwohl das rechtlich möglich wäre.

Damit übersteigt die Zahl der Vollzeitbeschäftigten, die in verdeckter Armut leben, deutlich die Zahl der vollzeitbeschäftigten „Aufstocker“ (rund 400.000). Nimmt man auch Beschäftigte mit geringerer Stundenzahl hinzu, dürfte die Zahl der Beschäftigten, die einen Anspruch auf staatliche Unterstützung nicht realisieren, noch weitaus höher sein. Das zeigen Zwischenergebnisse aus einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt der Frankfurter Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Irene Becker.

Die Verteilungsforscherin stützt sich für ihre Berechnung auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Aus ihnen ergibt sich, dass in den letzten Jahren auf 100 Vollzeitbeschäftigte, die ihren Anspruch auf ergänzende Grundsicherung geltend machten, etwa 120 Menschen mit Vollzeitjob kamen, die das nicht taten. Diese unbe-

friedigenden Verhältnisse seien weiterhin verbreitet. Insgesamt sei durch die Hartz-IV-Reform die Dunkelzifferquote der Armut „nicht gesunken“, resümiert Becker auf Basis älterer Untersuchungen, die sie zusammen mit Prof. Dr. Richard Hauser für die Armuts- und Reichtumsberichte der rot-grünen Bundesregierung gemacht hatte. Als zentrale Gründe für den Verzicht auf staatliche Unterstützung nennt die Forscherin neben mangelnder Informiertheit über Ansprüche auch Scham, durch Hartz IV stigmatisiert zu werden, oder die Scheu, sich mit dem komplizierten Antragsverfahren auseinanderzusetzen.

Dass die betroffenen Menschen trotz ihres niedrigen Erwerbseinkommens und ohne staatliche Ergänzung einer Vollzeittätigkeit nachgehen, stehe in „auffallendem Kontrast“ zu Thesen über negative Arbeitsanreize der staatlichen Grundsicherungszahlungen, so Irene Becker. Offenbar scheine breiten Schichten das Bedürfnis nach Eigenständigkeit, Anerkennung und einer längerfristigen Lebensperspektive wichtiger zu sein als das wirtschaftliche Kalkül, folgert Becker.

Dr. Claus Schäfer, Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, hält es

angesichts eines weiter wachsenden Niedriglohnssektors für problematisch, die Hinzuverdienstgrenzen beim Arbeitslosengeld II anzuheben. Das würde die Anreize für Arbeitgeber steigern, die Löhne noch weiter zu senken. Hartz IV funktioniere in Kombination mit Niedriglöhnen schon jetzt wie „ein verstecktes Kombilohn-Programm“ zugunsten der Arbeitgeber, erklärt Schäfer.

In einer gemeinsamen Studie analysierten die Forschungsinstitute der Hans-Böckler-Stiftung bereits 2006 verschiedene Kombilohnprogramme und kamen zu einem skeptischen Schluss - „wegen erwiesener Wirkungslosigkeit“ für die Beschäftigung und hoher Kosten für den Staat. Als bessere Alternative nennt Schäfer einen gesetzlichen allgemeinen Mindestlohn. Dieser „würde die Subventionierung nicht Existenz sichernder Löhne erheblich eindämmen“. Ergänzend sei aber auch eine Erhöhung der Hartz-IV-Leistungen nötig, wie es das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts nahe lege. Denn im Fall von Familien hätten diese Leistungen die Aufgabe, den Bedarf insbesondere der Kinder zu sichern, den Löhne - auch Mindestlöhne - als individualbezogenes Entgelt nicht immer decken könnten. **PM** □

Parteidebatte:

# Korrekturen ja - aber nachvollziehbar

Andrea Nahles diskutierte mit SPD-Mitgliedern in Tempelhof-Schöneberg

Im Schöneberger Rathaus war die SPD einmal ganz andere Wahlergebnisse gewohnt. Zwischen 1958 und 1971 erreichte sie bei den West-Berliner Abgeordnetenhauswahlen regelmäßig über 50 Prozent, 1963 waren es sogar 61,9 Prozent. Zur Veranstaltung mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles im Kennedy-Saal des Rathauses sind an diesem Februarabend einige SPD-Mitglieder gekommen, die sich an diese Zeit noch deutlich erinnern und die der Absturz der SPD bei den vergangenen Wahlen besonders schmerzt. Aber es sind auch viele Jüngere dabei, viele, die erst nach der Bundestagswahl im vergangenen September eingetreten sind.

Die Überschrift des Abends heißt „Kurskorrekturen - Inhaltliche Erneuerung der Partei“. Rund 100 Mitglieder sind gekommen. Andrea Nahles dämpft gleich zu Beginn ihre Erwartungen an schnelle Lösungen. „Wer 23 Prozent bekommt, der hat nicht alles richtig gemacht.“ Der Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust sei nicht „durch ein paar flotte Sprüche in der Tagesschau“ wettzumachen.

Auch das Vertrauen der eigenen Mitglieder gelte es wiederzugewinnen. Das will die SPD-Generalsekretärin durch bessere Beteiligungsmöglichkeiten und offene Diskussion erreichen. Sie erinnert daran, dass bei schwierigen Themen der Vorstand auf Parteitag oft genug am Rande einer Abstimmungsniederlage gestanden habe. Es gehe nicht an, „jetzt im selben Stil das Gegenteil zu erzählen“. Andrea Nahles Botschaft heißt daher: Korrekturen Ja - aber nachvollziehbar. Dazu bedarf es der Diskussion.

Damit beantwortet sie bereits Fragen, die später in der Diskussion dennoch kommen. Der Niedergang der SPD habe mit der Agenda 2010 begonnen, das sei der „Flop des Jahrhunderts“, stellt ein Vertreter der AG 6oplus fest. Aber so sehen es jüngere Mitglieder nicht unbedingt: Es seien die richtigen Probleme angepackt worden, auch wenn die Umsetzung zu wünschen übrig gelassen habe, meint einer. Geschadet habe der Partei, „wie Teile der SPD gegen sich selbst Wahlkampf gemacht haben“, gibt ein anderes Mitglied zu bedenken.

Falscher Ansatz oder nur schlecht erklärt - die Wirkung bleibt letztlich dieselbe: „Die SPD stand früher dafür, dass sie etwas für den kleinen Mann tut. Dieser selbstverständliche Nimbus ist verloren gegangen“, urteilt ein Friedenauer SPD-Mitglied.

Andrea Nahles möchte die SPD aus der



Andrea Nahles bei der SPD Tempelhof-Schöneberg.

Foto: Horb

Verteidigungshaltung herausbringen. Sie will Politik nicht rückwärtsgewandt erklären und relativieren, sondern nach vorne schauen. Dazu sollen die sechs Zukunftswerkstätten dienen, die der SPD-Parteivorstand auf Bundesebene eingerichtet hat. Eine Zukunftswerkstatt zum Thema Integration leitet beispielsweise Klaus Wowerit (siehe BS 3-2010), eine weitere zum Thema Demokratie Heiko Maas.

Utopien sind dabei durchaus gefragt, neue Ideen sollen offen ausgesprochen werden können. „Wir brauchen eine Partei, die bewegt, die motiviert“ und gesellschaftliche Veränderungen aufnimmt“, sagt Andrea Nahles. Und sie greift den Satz eines Genossen auf, der ihr bei einer Veranstaltung in Mainz erklärte: „Ich möchte nicht mehr überreden, ich möchte überzeugt werden.“

Aktuell sieht sie durchaus Erfolge. So sei es der SPD aus der Opposition heraus gelungen, eine Abzugsperspektive der Bundeswehr für Afghanistan durchzusetzen. Die hochrangig besetzte Konferenz im Berliner Willy-Brandt-Haus hat, auch wenn die Debatte unter hohem Zeitdruck geführt werden musste, entscheidende Impulse für die Debatte gegeben. Die Kritik aus der Partei am Zeitdruck versteht sie, aber: „Wir sind Opposition, wir setzen die Termine nicht mehr.“

Den kritischen Blick richtet Andrea Nahles nicht nur auf die Inhalte. Es gebe nach den Mitgliederverlusten mancherorts auch eine „Simulation von Strukturen“, meint sie. Das wird ihr zumindest an diesem Abend nicht bestätigt. In Berlin ist dem in den vergangenen Jahren durch die Zusam-

menlegung von Abteilungen begegnet worden. So gibt es unter den gastgebenden Abteilungen des Abends durchaus welche mit mehreren hundert Mitgliedern.

Verbesserungsfähig sind die Strukturen dennoch: Während ältere Mitglieder den Verlust von Kontakten in Vereine und Verbände beklagen, weisen jüngere Migranten darauf hin, dass ihr Anteil in der Partei noch nicht unbedingt dem in der Bevölkerung entspreche. Dagegen hat Andrea Nahles kürzlich den Wunsch aus der AG 6oplus nach Quote für die Älteren abschlägig beschieden, wie sie berichtet. Sie machen in der Mitgliedschaft über 49 Prozent aus, so Andrea Nahles. „Wenn sie sich da nicht durchsetzen können, kann ich auch nicht helfen.“

Mit einer offenen Diskussion kann die SPD gerade für Jüngere wieder attraktiv werden. Für Andrea Nahles sind auch Mitgliederentscheide in der Partei denkbar. „Dazu sollten wir Themen finden, die noch offen sind und sich für eine lebendige Debatte eignen.“

Mit einer Befragung aller Ortsvereins- und Abteilungsvorsitzenden geht die innerparteiliche Erneuerung weiter, Ende Mai soll es eine Konferenz der Vorsitzenden von Unterbezirken und Kreisen in Berlin geben.

Die SPD Tempelhof-Schöneberg will mit einer eigenen Zukunftswerkstatt in den kommenden Monaten die Debatte im Kreis beleben. „Wir müssen wieder Fantasie lernen“, so der stellvertretende Kreisvorsitzende Ingo Siebert. Andrea Nahles wurde vorsorglich schon für das kommende Jahr erneut eingeladen. **U.H. □**



## Menschenrechte:

# Protest verschleierter Männer

Karl-Heinz Niedermeyer über einen Tabubruch im iranischen Männersystem

„Schleier tragen ist Männersache“, so überschreibt die iranische Politologin Nasrin Basiri ihren Kommentar in der Zeitschrift „The European“ zu originellen Protestformen der Grünen Bewegung im Iran gegen Wahlbetrug und die Verletzung von Menschen-, Bürger- und insbesondere Frauenrechten durch das Mullah-Regime. Im theokratischen Männerregime im Iran bedeutet eine solche Infragestellung der „männlichen Ehre“ einen Tabubruch, der vom Regime hart sanktioniert wird. Die lächelnden Männergesichter unter dem Schleier können aber nicht über die ernststen Folgen der Aktion hinwegtäuschen. Mehrere Teilnehmer des Protests wurden verhaftet, eingekerkert und gefoltert.

Der Fachausschuss Internationales hat sich in seiner Januar-Sitzung der zugespitzten Lage im Iran angenommen und mit Ruth Jüttner, der Nahost-Referentin von Amnesty International, Prof. Hajo Funke von FU Berlin und D. Mehran Barati von der demokratischen Widerstandsorganisation United Republicans of Iran Möglichkeiten einer angemessenen Reaktion der deutschen Politik und Gesellschaft auf die Ent-



Protestbild im Internet.

Foto: The European

wicklung im Iran erörtert. Die Teilnehmer/innen der Sitzung waren sich einig, dass im Zentrum der Einwirkungen von außen auf die Verhältnisse im Iran nicht das Streben nach einem Regimewechsel stehen kann. Die Grüne Bewegung vereinigt ja religiös und säkular motivierte Menschen, Akteure und Akteurinnen, die im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik kämpfen mit anderen, die diese Verfassung überwinden wollen, Amtsträger, die noch Einfluss auf die Machtkämpfe innerhalb der iranischen Führung haben mit Oppositionellen, deren

einzigste Veränderungsinstrumente die Straßendemonstrationen und Internet-Botschaften sind. Die wirksamsten Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lage der Betroffenen im Iran sind die konsequente Einforderung der Menschen- und Bürgerrechte und die Verbreitung von Informationen über das Schicksal von politisch Verfolgten sowie die Organisation von sicheren Aufenthaltsmöglichkeiten für politische Flüchtlinge aus dem Iran auch in Deutschland.

In diesem Zusammenhang bedankt sich der FA I bei Parlamentspräsident Walter Momper für die kurzfristige Ermöglichung einer Pressekonferenz in den Räumen der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, in der auf ein aktuelles Gerichtsverfahren gegen zwei führende Angehörige des demokratischen Widerstands im Iran aufmerksam gemacht werden konnte. In der Sitzung hat der Vorstand des FA I die nachfolgenden Forderungen an die SPD-Bundestagsfraktion zum Umgang mit den Problemen im Iran vorgelegt, die von den Teilnehmer/innen einhellig unterstützt wurden:

**Karl-Heinz Niedermeyer** □

➔ Kontakt per Mail: karl-heinz\_niedermeyer@web.de

## Solidarität mit dem friedlichen Protest der Iraner

Die Berliner Stimme dokumentiert den Beschluss des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin vom 27. Januar 2010 zur künftigen deutschen Iranpolitik.

Der Vorstand des Fachausschusses I und die Teilnehmer/innen der Fachausschuss-Sitzung am 27.1.10 fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,

1. ihre Solidarität mit den Menschen und Gruppen, die im Iran und im Exil mit friedlichen Mitteln gegen Verstöße gegen demokratische Grundregeln protestieren zu erklären und

2. sich gegenüber der Bundesregierung und auf anderen geeigneten politischen Ebenen für einen engagierteren und konsistenteren Umgang mit der derzeitigen iranischen Staatsführung einzusetzen, der die folgenden Forderungen und Initiativen umfasst:

○ Deutschland beantragt die Einsetzung einer UNO-Mission zur Überprüfung der Vorwürfe von Wahlmanipulation bei der Wahl des iranischen Staatspräsidenten im Jahre 2009

○ Bundesregierung und Bundestag set-

zen sich auf der Grundlage von Informationen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen für die Freilassung politischer Gefangener im Iran ein.

○ Deutschland fordert bei allen Kontakten mit Vertretern der iranischen Staatsführung und in allen geeigneten Foren der Iran-Politik die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die Möglichkeit der gefahrlosen und ungestörten Wahrnehmung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und der Freiheits- und Schutzrechte der Person ein.

○ Deutschland legt künftig für Beratungen und Beschlüsse über Sanktionen gegen die iranische Staatsführung nicht nur Aspekte der Nichtkooperation in Fragen des iranischen Atomprogramms, sondern auch Verstöße gegen die Menschenrechte zugrunde.

○ Deutschland beteiligt sich an Sanktionen gegen Einzelpersonen innerhalb des iranischen Regimes, die für die Unterdrückung friedlicher Proteste verantwortlich oder mitverantwortlich sind.

○ Deutschland fordert die Aufhebung des von der iranischen Führung verhäng-

ten Demonstrationsverbots sowie des Verbots der Kontaktaufnahme mit internationalen Medien und Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Menschenrechtsorganisationen.

○ Deutschland schließt sich der von den USA vorgenommenen Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als terroristische Organisation an und setzt sich für eine entsprechende Einstufung der Revolutionsgarden durch die EU ein.

○ Deutschland fordert eine Transparenz des Nuklearprogramms und eine Einstellung der Unterstützung für extremistische Gruppen in der Region.

○ Deutschland nimmt im Gegenzug die sicherheitspolitischen Ängste Irans ernst und setzt sich für eine regionale Friedensordnung und eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA und Israel ein.

○ Bund und Länder nutzen das Save-me-Programm verschiedener Flüchtlingshilfsorganisationen für besonders gefährdete Flüchtlingsgruppen, um politischen Flüchtlingen aus dem Iran, die sich in prekären Situationen, wie z.B. in der Türkei befinden, eine sichere Zuflucht in Deutschland zu ermöglichen. **BS** □

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**



## T TERMINE

- SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Schöneberg, **Kranzniederlegung: Gedenken an die Schöneberger Kapp-Putsch-Opfer**, Samstag, 13. März, 10.45 Uhr, Treffpunkt: Eingang Friedhof Eythstraße 24, 12105 Berlin
- Fachausschuss Mobilität / Christian Gaebler, Mda, **Loft's oder Logistik? Perspektiven für Häfen und Wasserstraßen in Berlin**, Vortrag und Diskussion mit Jürgen Murach, Konjunkturprogramm II: Wo hat Berlin investiert? Mittwoch, 17. März, 18.30 Uhr, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- AG 6oplus Charlottenburg Wilmersdorf, **Jahreshauptversammlung - Rechenschaftsbericht und Neuwahlen**, Mittwoch, 17. März, 16.00 bis 18.00 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Saal 3, Otto-Suhr-Alle 100, 10585 Berlin
- August-Bebel-Institut, **Was ist links in... Frankreich?** Mittwoch, 17. März, 19.00 bis 21.00 Uhr, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, U-Bhf. Wedding. Bitte anmelden bis 11. März unter: anmeldung@august-bebel-institut.de oder Tel. (030) 4692-121, Veranstaltung 073.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, **extrem = extrem? - Warum die Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht Opfer ideologischer Begriffsdebatten werden darf**, Annelie Buntenbach, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Sebastian Edathy, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages; Dr. Michael Kohlstruck, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin; Bianca Klose, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), Claudia Schmid, Leiterin des Verfassungsschutzes Berlin; Andreas Speit, Journalist, die tageszeitung (taz), Mittwoch, 17. März 2010, von 18.00 bis 20.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, Anmeldung und weitere Informationen unter Tel. 269 35-7304 oder mail forum.cy@fes.de
- SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, **Jahreshauptversammlung mit Rechenschaftsbericht, Wahlen und Nominierungen**, Donnerstag, 18. März 2010, um 18:00 Uhr, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin
- **Gedenkstätte und Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen**, Friedrichshain, 18.3. um 17:00 Uhr, Ansprache: Walter Momper,
- SPD-Bundestagsfraktion und der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD, **Brauchen wir neue Begründungen für Solidarität?** Freitag, 19. März, von 12.00 bis 18.00 Uhr, Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.302, Eingang Dorotheenstr. 100, Platz der Republik, 11011 Berlin, Programm und Anmeldung (bis 15. März) unter: www.ak-christen.spd.de
- Paul-Singer-Verein und Friedrich-Ebert-Stiftung, **Tagung: Am Grundstein der Demo-**

- kratie - Erinnerungskultur am Beispiel des Friedhofs der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain**, Freitag, 19. März, 9.30 bis 16.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenzsaal, Hiroshimastraße 17,
- AWO Friedenau, **Gudrun Blankenburg stellt den Friedenau-Roman „Der kleine Gast“ von Georg Hermann vor**, Freitag, 19. März, 18:00 Uhr in der Freizeitstätte Stierstraße 20 a in Friedenau
- „Initiative GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen sagen **Nein zum Krieg“**, **Kundgebung**, Samstag, 20. März, 11.00 bis 14.00 Uhr, Brandenburger Tor (Pariser Platz), Kontakt: Jürgen Müller info@buchdruckerei-mueller.de;
- SPD Tempelhof-Schöneberg, **Verantwortlich Handeln: Bedingungen für eine verbesserte Afghanistan-Strategie**, Diskussionsveranstaltung mit Rainer Arnold, Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion und Obmann der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss und Karl-Heinz Niedermeyer, Sprecher des Fachausschusses I, Internationale Politik, Frieden und Entwicklung. Dienstag, 23. März, 19.30 Uhr, Seniorenfreizeitstätte, Stierstr. 20a, 12159 Berlin-Friedenau
- Fachausschuss Internationales / Peter Treichel, Mda, **Europäisierung des Balkans oder Balkanisierung Europas - Perspektiven der Staatendes westlichen Balkan**, Mittwoch, 24. März, 18.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- Selbst Aktiv-Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Die Sekundarschule in Berlin- inklusive Bildung inklusive?** Dr. Felicitas Tesch (Mda, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion), Mittwoch, 24. März um 16.30 Uhr; AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss)
- Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Peter Ensikat**, Schriftsteller und Kabarettist, Mittwoch, 24. März, 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg | Der Eintritt ist frei!
- AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lerntherapie sowie Vernetzung mit Polizei und Jugendamt zur Gewaltprävention**. Referent: Wolfgang Dutka, Leiter der schulpsych. Beratungsstelle Charlottenburg-Wilmersdorf, Mittwoch, 24. März, 18.00 bis 20.00 Uhr. SPD Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin
- Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof Schöneberg, **Ausarbeitung eines Diskussionspapieres bedingungsloses Grundeinkommen**, Donnerstag, 25. März 2010, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt Günter Schwarz, gue.schwarz@web.de
- Mechthild Rawert, MdB, **Einladung zum BürgerInnenforum Gesundheit**, Freitag, 26. März, um 18 Uhr, Paul-Löbe-Haus, Saal 4.700, Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin, Bitte mit Angabe von Geburtstag und -ort anmelden unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de.

Den Personalausweis nicht vergessen!

- Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie, **Kinderarmut bekämpfen**, Freitag, 26. März 2010, um 17.00 Uhr, Kinder-, Jugend- und Nachbarschaftszentrum, Scheelestraße 145 Ecke Osdorfer Straße, 12209 Berlin
- SPD Spandau - Abt. Wilhelmstadt, **Bürgerstammtisch mit Raed Saleh**, Mda und Vorsitzender der SPD Spandau, und Christian Haß, SPD-Bezirksverordneter in Spandau und Vorsitzender der SPD-Wilhelmstadt Freitag, 26. März 2010, um 20.00 Uhr, „Spandauer Kater“, Seeburger Straße 15, 13581 Berlin
- SPD Treptow-Köpenick, **Frauenpower gestern und heute, Lesung anlässlich des Internationalen Frauentages und des „Equal Pay Day“**, Samstag, 27. März, um 16 Uhr, Galerie „Kunst trifft Politik“, Grünauer Str. 8, Gartenhaus, SPD-Kreisbüro-Treptow-Köpenick, 12557 Berlin
- AfA SPD Mitte, **Zeitpolitik**, Referentin: Vera Morgenstern, ver.di Bundesverwaltung, Dienstag, 30. März, um 17.00 Uhr, Restaurant Optija Grill, Müllerstr.70 Ecke Dubliner Straße, 13349 Berlin | nahe U-Bhf. Rehberge

## S SPRECHSTUNDEN

- **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 19. März von 15.30 bis 17.30 Uhr im Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163.
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termin: Bürgersprechstunde in Marzahn-Hellersdorf, Dienstag 13. April 2010, 13.30 bis 15.30 Uhr, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 99 40 10 15. - Bürgersprechstunde in Lichtenberg, Dienstag 13. April 2010, 16.00 bis 18.00 Uhr, Rathausstr. 7, 10367 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 97 60 67 30.
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Galerie im Kurt-Schumacher-Haus:

# Lebendige Nachbarschaft

Künstlerische Beobachtungen in Berlin und Istanbul

Die Ausstellung „Berlin-Istanbul – Lebendige Nachbarschaft“, die in der vergangenen Woche in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eröffnet wurde, zeigt neue Ergebnisse der künstlerischen Zusammenarbeit zwischen Istanbul und Berliner Künstlerinnen und Künstlern, die sich im Rahmen des Austauschprojektes „Amongst Neighbours“ 2009 kennen gelernt hatten.

Vom 14. April bis 7. Juni 2009 waren im Rahmen dieses Projektes 15 Künstler aus Berlin-Mitte und 19 aus Istanbul-Cihangir für den Zeitraum von drei Wochen in der jeweiligen Partnerstadt Nachbarn gewesen, hatten miteinander gearbeitet, diskutiert. Kuratiert von Cagla Ormanlar Ok und Jaana Prüss wurden Ausstellungen in beiden Städten präsentiert.

Initiiert worden war das Projekt vom Stadtteilverein »Cihangir Guezellestirme Dernegi«; seine Partner in Berlin waren die Vereine Kolonie Wedding e.V. und Förderband e.V. Das Projekt stand unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters von Berlin-Mitte, Dr. Christian Hanke.

Aus diesen intensiven Begegnungen und Arbeitsprozessen ist eine gewisse Kontinuität in der künstlerischen Zusammenarbeit erwachsen, eben eine lebendige Nachbarschaft.

Die aus großer Nähe entstandene Sicht auf die Welt der „Anderen“, spiegelt sich wider in Videosequenzen, Kompositionen, Performances, Installationen, Texten, Fotografien und beantwortet immer neu und immer anders: Wer ist das, mein Nachbar? Was tut er und wie tut er es? Was heißt das eigentlich, Nachbarschaft?

Premiere hat zudem eine DVD, die den Aufenthalt der Berliner KünstlerInnen und die Projekte des Künstleraustausches in Istanbul dokumentiert und die aus Mitteln



Ein Foto von Thorsten Weilguny. Unter dem Titel „Spywalker“ entstand eine Fotodokumentation zur interaktiven Straßenperformance Jambon.

des Quartiersfonds Soldiner Kiez finanziert wurde. **BS** □

➡ Ausstellung: bis 28. März, geöffnet dienstags bis freitags von 14 bis 18 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

➡ Veranstaltungen: Dienstag, 23. März, 19 Uhr, Berlin-Istanbul: Medien, Bilder und Berichterstattung, Diskussion mit Ahmet Külahçı (Hürriyet), Ferda Ataman (Der Tagesspiegel) und Claudia Dantschke, freie Journalistin (AYPA-TV)

Freitag, 26. März, 17 Uhr, Sonderführung im Rahmen der Kolonie Wedding

Samstag, 27. März, 19 Uhr, Finissage mit „Media Guerilla“, Performance

## KULTURTIPPS

„Frauenpower gestern und heute“ ist das Motto einer Lesung anlässlich des Internationalen Frauentages und des „Equal Pay Day“, zu der die AsF und die AG Kultur der SPD Treptow-Köpenick am 27. März einladen. Bei Kaffee und Kuchen lesen verschiedene Autorinnen und Autoren aus den „Frauenmosaiken 1 und 2“ und es finden Gespräche mit Zeitzeugen statt. In der Galerie selbst ist die Fotoausstellung „Brasilianer in Berlin“ von Katharina Stillisch zu sehen. Die Autoren Angelika Lübcke und Oliver Igel, der auch SPD-Politiker ist, Horst und Marianne Greulich, ehemals Pfarrersehepaar in der Schlosskirchengemeinde, lesen und erzählen aus dem Leben von Alice Archenhold, Clara Müller-Jahnke und Alide Ratsch.

Die 1. Vorsitzende des „Business and Professional Women Club Berlin e.V.“ (BPW), Barbara Klose-Hecht, wird zu Gast sein und zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten von Treptow-Köpenick, Christiane Hartmann-Kraatz, Bilanz ziehen über den dann wenige Stunden zurückliegenden „Equal Pay Day“. Die Moderation hat Iris Fischer (Zentrum für Demokratie). **BS** □

➡ Lesung und Gespräch in der Galerie KUNST TRIFFT POLITIK, Grünauer Str.8, Gartenhaus, 12557 Berlin (SPD-Kreisbüro), Samstag, 27. 3. 2010 um 16 Uhr

**Kultur im Kiez: Lesung mit Gert Loschütz.** Der Schriftsteller Gert Loschütz liest auf Einladung der SPD-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf, der SPD-Abteilung Klausenerplatz-Kiez und des Freundeskreises der Ingeborg-Bachmann-Bibliothek aus seinem Erzählband „Dunkle Gesellschaft“ Loschütz ist Verfasser zahlreicher Prosatexte, Theaterstücke und Hörspiele. **BS** □

➡ Dienstag, 23. März 2010, 19.30 Uhr, Ingeborg-Bachmann-Bibliothek (Stadtteilbibliothek West), Nehringstr.10, 14059 Berlin